

**IG Metall Bezirksleitung Frankfurt**  
**Armin Schild**  
**Bezirksleiter**  
**16.11.2009**



## **Aktiv aus der Krise!**

**Rede zur gewerkschaftspolitischen Konferenz**

**Hanau, 16. November 2009**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Umfragen zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage werden seit drei Monaten positiver. Ist die Jahrhundertkrise bereits vorbei?

Der Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstitute gehen beim Wachstum für 2009 von einem Minus von „nur“ noch 5,0 Prozent aus.

Auch das Wachstum für 2010 wird deutlich optimistischer als bislang eingeschätzt. Für 2011 prognostiziert die Europäische Kommission einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,7 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit im Oktober 2009 liegt mit 3,2 Millionen „nur“ um 230.000 über der Zahl vom Oktober 2008.

In der Metall- und Elektroindustrie sind zwar über 200.000 Arbeitsplätze abgebaut worden, aber dabei hat es bislang weniger Entlassungen gegeben, als zu befürchten war.

Ist also alles wieder gut?

Knüpfen wir an, wo wir Ende 2008 aufgehört haben? Als Exportweltmeister, dessen Exportschlager nicht Abwrackprämien und Konjunkturprogramme sind, sondern Autos und Maschinen?

**Nein; die Krise ist weder vorbei noch ist sie überwunden!**

Die Megakrise dauert jetzt über ein Jahr.

Wer im Jahresvergleich feststellt, dass die vorhersehbare Wirtschaftsentwicklung des November 2010 leicht besser ist, als die des November 2009, der darf nicht vom Ende der Rezession reden, sondern muss davon sprechen, dass wir erst nach einem Jahr das Ende des Anfangs der Krise erlebt haben.

Was für einen Grund sollte es denn geben, für das Ende der Krise? Die Hoffnung das Rainer Brüderle sie beendet, habe ich nicht!

Auf welchen Exportmärkten werden wir den soviel absetzen können, wie Ende 2007 / Anfang 2008?

Wie lange halten die, unter private Equity gefallenen Töchter noch durch, die nach dem Profit – Blutausch der vergangenen Jahre entsprechend unterkapitalisiert sind?

Wann, und vor allem aus welchem Grund, beginnen die Finanzmärkte, der Bankensektor wieder zu funktionieren?

Wie hindern wir sie daran, von den Unternehmen, eben die Personalanpassung zu erzwingen, die wir bis jetzt verhindern konnten?

**Wer jetzt vom Ende der Krise faselt, hat nichts verstanden oder will nichts verstehen!** Dass an der Börse wieder fleißig verdient wird, ist kein Beleg für das Ende der Krise, sondern für die Niederlage der Politik gegen die Zocker.

Erst recht ist die Krise im Blick auf die **Beschäftigungsrisiken** nicht überwunden. Nicht nur die Angst um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes nimmt zu, sondern auch die reale Gefahr, dass diese Angst berechtigt ist.

Was ist das für ein Krisenbegriff, bei der die Ankündigung von über 500.000 bis 800.000 zusätzlicher Arbeitsloser als Ende der Krise gewertet wird?

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich erst deutlich verzögert wieder eine Nachfrage nach Arbeitskräften ergeben.

Das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland war bis zur Krise zunehmend vom Export getrieben. Der Exportüberschuss stieg zwischen 2000 und 2007 von 7 auf 170 Milliarden Euro an.

Inzwischen ist der Export aber um bis zu 30 Prozent eingebrochen. In 60% der Betriebe in unserem Bezirk reicht die Auftragslage nicht aus, um die Anlagen auszulasten.

Mit Blick auf die zukünftigen Exportmärkte gibt es erhebliche Risiken.

Ungefähr ein Viertel aller Arbeitsplätze – rund zehn von 40 Millionen – hängen am Export.

In den Zuständigkeitsbereichen der IG Metall sind es 50% und in Teilen der ME Industrie oder der Stahlerzeugung liegt die Exportquote bei über 80%.

Keine Branche hat wie die deutsche MuE Industrie auf Export gesetzt. Daher sind die IG Metall Mitglieder auch die von der Wirtschaftskrise in unserem Land hauptsächlich Betroffenen!

Auf absehbare Zeit müssen wir uns darauf einstellen, dass die Beschäftigung in den exportorientierten Branchen um 15, 20 oder gar 25% unter dem Bestand von Ende 2007, Anfang 2008 verbleiben wird.

Erwartungen auf eine schnelle durchgreifende Erholung – gar auf Werte der Vor- Krisen-Zeit – sind völlig unrealistisch. Denn dieses hohe Niveau beruhte auf außergewöhnlichen, langfristig nicht tragfähigen und nicht wiederherstellbaren Entwicklungen.

Hierzu gehörte vor allem der enorme Anstieg der Verschuldung der USA und anderer Länder.

Weitgehend unbestritten ist, dass sich die USA in Zukunft nur noch in wesentlich engeren Grenzen verschulden können.

Zudem ist der Wert des Euro deutlich gestiegen, was Exporte in Nicht-Euro-Länder teurer macht. Insofern wird die deutsche Exportdynamik zumindest auf absehbare Zeit nicht mehr zur Situation vor der Krise zurückfinden können.

Dies unterstreicht noch einmal die Bedeutung und die Dringlichkeit einer **Stärkung der Binnennachfrage**. Öffentliche Ausgaben, privater Konsum und private Investitionen müssen gestärkt werden.

Zentrale Bestimmungsgrößen des privaten Konsums sind: Die reale Lohnentwicklung (also nicht nur die, der tarifgebundenen und tariftreuen Stammebelegschaften), die Anzahl der Beschäftigten, das Konsumklima, das wiederum von der objektiven und subjektiven Beschäftigungssicherheit geprägt wird.

Tatsächlich gehen die Bruttolöhne- und Gehälter im laufenden Jahr nach Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute um voraussichtlich 0,5 Prozent und 2010 um 0,6 Prozent zurück.

Das Wachstum wird 2010 durch die Negativentwicklung des privaten Konsums also nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Die Ursachen dafür sind:

- Einkommensverluste durch Kurzarbeit,
- Beschäftigungsverluste,
- steigende Arbeitslosigkeit,
- betriebliche Nichtweitergabe tariflich vereinbarter Entgeltsteigerungen,
- Niedriglöhne durch abnehmende Tarifbindung; dabei sinkt mittlerweile die Tarifbindung weniger, weil Arbeitgeber die Tarifverbände verlassen, sondern mehr, weil prekär Beschäftigte Arbeitnehmer nicht zum Tarifikreis der Stammebelegschaften gehören.
- Auch für die Rentnerinnen und Rentner drohen künftig Nullrunden.

Eine Stabilisierung und möglichst ein Anstieg der Einkommen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern ist in dieser Situation dringender denn je.

Dabei sind **alle Einflussfaktoren** zu bearbeiten, um Wirkung zu erzielen:

- Der **Erhalt von Beschäftigung** bzw. die Vermeidung von Arbeitslosigkeit insbesondere durch die **faire Verteilung der Arbeit und der Arbeitszeit**.
- und die **Verhinderung und soziale Regulierung prekärer Beschäftigung**
- **Nachfrageorientierte tarifliche und vor allem effektive Entgeltsteigerungen.**

Die Verteilungsfrage wird unter den aktuellen extremen Krisenbedingungen mehr dadurch bewegt, dass wir nicht zulassen, dass aus diesen Faktoren Widersprüche konstruiert werden. Sie gehören zusammen.

Wir wissen, dass wir mit realen Lohnverlusten die Krise nicht überwinden. Deshalb sagt auch die IG Metall nicht: Lohnverzicht. Sie sagt Beschäftigungssicherung. Und das sollte nicht verwechselt werden.

Betriebsräte und IG Metall haben in den vergangenen Monaten eine **große Leistung** vollbracht. Absatzeinbrüche und Kreditverweigerung der Banken, besorgte Mitarbeiter und überforderte Schönwetter-Manager, sie alle haben es euch nicht leicht gemacht.

Wir können besichtigen, wie es denen ergeht, die ohne Solidarität und Mitbestimmung da stehen. Wer heute in einem Betrieb ohne Betriebsrat und starke IG Metall arbeitet trägt objektiv ein hohes Risiko morgen arbeitslos zu sein.

Alle wissen: Es ist nicht selbstverständlich, dass bislang relativ wenige Entlassungen stattgefunden haben. Wenn es die IG Metall Betriebsräte und die vielen stark organisierten Belegschaften nicht gäbe, sähe die Republik heute anders aus.

Viele ahnen, was es für eine unglaubliche Verantwortung ist, die ihr mit übernommen habt.

Einige spüren, dass wir **neue und weitergehende Instrumente** benötigen werden, um diesen Erfolg der Solidarität und der Mitbestimmung fortzusetzen:

## **1. Die vereinfachte und verlängerte Kurzarbeit ist das entscheidende Fundament für die Beschäftigungssicherung.**

75% der Betriebe im Bezirk Frankfurt, insgesamt über 1,4 Millionen Beschäftigte sind derzeit in Kurzarbeit. Annähernd eine halbe Million Menschen werden durch den Einsatz von Kurzarbeit vor Arbeitslosigkeit geschützt.

Dieses Fundament muss erhalten bleiben! Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, endlich Klarheit zu schaffen und die Option auf zweijährige Kurzarbeit über Ende 2009 hinaus zu verlängern!

Doch: Die Zahl der Betriebe nimmt zu, in denen die finanziellen und/oder rechtlichen Voraussetzungen für Kurzarbeit nicht mehr unbegrenzt bestehen.

## **2. brauchen wir auch für diese Belegschaften eine Lösung.**

Die könnte in einer **befristeten Erweiterung der Möglichkeiten es TV Beschäftigungssicherung bestehen.**

Über diesen Tarifvertrag müssen wir ohnehin bis zum Jahresende verhandeln. Wir müssen prüfen, ob es hilfreich ist, die Arbeitszeit betrieblich auf 28 oder gar 25 Stunden / Woche absenken zu können.

Klar ist, dass die Beschäftigten den Lohnverlust nicht alleine tragen können. Wir müssen also prüfen, ob ein Teillohnausgleich durchsetzbar und dessen Befreiung von Steuern und Abgaben machbar ist.

### 3. Ein drängendes Problem stellt die **Sicherung der Ausbildungsangebots und der Übernahme dar.**

Die Jahrgänge, die in 2010 ihre Ausbildung beenden sind 2006 und 2007, am beginnenden Aufschwung eingestellt worden.

Wir müssen mit einer zweistelligen Reduzierung des Ausbildungsplatzangebotes rechnen und mit einer drastischen Zunahme der Nichtübernahme.

### 4. müssen wir mit einer weiteren Zunahme rechnen: **Der Zunahme prekärer Beschäftigung.**

Der drastischen Zunahme der Leiharbeit im letzten Aufschwung auf über 700.000 Leiharbeitnehmer folgte der schnelle Absturz binnen weniger Monate.

Von allen Leiharbeitsverhältnissen die die im ersten Halbjahr 2008 ausliefen hatte mehr als die Hälfte nicht einmal 4 Monate Bestand. Das heißt auch, dass die Betroffenen direkt unter Hartz IV fallen, weil eine Anwartschaft auf ALG 1 Bezug besteht.

Schon das zeigt die Notwendigkeit regulierend einzugreifen.

Noch deutlicher wird das, wenn man registriert, dass die Leiharbeitsbranche sich selbst vor einem ungeheuren Boom sieht. Ob in der Krise ausnahmsweise eingestellt wird oder wenn sie zu Ende geht: Alle erwarten eine massive Zunahme der Leiharbeit.

Die Verbände der Zeitarbeitsbranche gehen dann von über einer Million Leiharbeitnehmer aus.

Wir müssen und wir werden uns mit der Frage auseinandersetzen, was davon wir verhindern können und wie wir das, was wir nicht verhindern können regulieren.

### **5. Zugang zu Liquidität, funktionsfähige Finanzmärkte und aktive Wirtschaftspolitik:**

Zunehmend wird zum Problem, dass die deutschen Banken nach Schätzung des Internationalen Währungsfonds noch nicht einmal die Hälfte der Schrottpapiere abgeschrieben haben.

Nachdem das Thema versucht wurde klein zu schreiben, haben jetzt auch BDI und EZB erkannt, dass im nächsten Frühjahr, wenn die Unternehmen nochmals mit schlechteren Ratings auf Grund der Jahresergebnisse 2009 versehen werden, eine reale Kreditklemme in der Breite droht.

Nach Einschätzung des EU-Kommissars Almunia ist das Problem bei den deutschen Banken besonders dringlich.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Versorgung der Banken mit billigen Zentralbankzinsen mit einer verbindlichen Verpflichtung zur Weitergabe von Krediten mit erträglichen Zinssätzen an die Realökonomie zu verbinden.

Wir meinen weiter, dass, wenn die Politik zurecht darauf schaut, dass die Banken ihre Risiken durch höhere Eigenkapitalquoten und Risikominimierung selbst tragen, die Politik auch verantwortlich ist, dass dies nicht zu Lasten der Realökonomie erfolgt.

Das verlangt eine staatlich organisierte Kreditversorgung an den Bankbilanzen vorbei. Etwa über direkte Kreditvergaben der KfW und Landesbürgschaftsbanken.

Dazu müssen jetzt politische Entscheidungen getroffen werden.

Das gilt auch für die Eigenkapitalstützung von zukunftsfähigen Unternehmen, die von der Krise tief gebeutelt sind, sollen uns nicht wesentliche Industriestrukturen wegbrechen.

Dazu finden wir im Koalitionsvertrag der neuen thüringischen Landesregierung sehr interessante Ansätze. Wir werden prüfen, ob das ernst gemeint ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Keine Entlassungen in der Krise, das bleibt unser gemeinsames Ziel. Aktiv in der Krise zu sein, das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Wir werden gegenüber allen Landesregierung Druck machen, ihre Möglichkeiten zu nutzen, **öffentliche Beteiligungsfonds** aufzulegen, die unter politischer und gesellschaftlicher Kontrolle, auch der Gewerkschaften, zukunftsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze durch die Krise steuern.

Die Arbeitgeberverbände werden wir ausgehend von dieser Konferenz auffordern, mit uns in Gespräche einzutreten über Beschäftigungssicherung durch faire Verteilung der Arbeitszeit, Sicherung der Übernahme, Begrenzung und Regulierung der Leiharbeit.

Wir müssen dazu auf allen Ebenen aktiv sein. Gegenüber den Parlamenten und Regierungen, gegenüber den Verbänden der Wirtschaft und der Arbeitgeber, in der Öffentlichkeit.

Aber der Ort an dem sich alles entscheidet ist der Betrieb. Die Kraft die wir dort nicht haben, können wir uns nirgendwo sonst ausleihen. Sie ist das Fundament der IG Metall.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit!